

FDP Stadtverordnetenfraktion Gießen Hugelstrae 2 35398 Gießen

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Egon Fritz
Berliner Platz 1

35390 Gießen

FDP Stadtverordnetenfraktion
Gießen
Hugelstrae 2

35398 Gießen

Gießen, den 20.11.2016

Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher ,

für die Fraktion der FDP stelle ich zunächst über den HFWRE-Ausschuss folgenden Antrag zur Behandlung in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet die Oberbürgermeisterin durch Gespräche mit den drei heimischen Landtagsabgeordneten Möller (CDU), Merz (SPD) und Greilich (FDP) darauf hinzuwirken, dass der Hessische Landtag eine Neuregelung des Ladenoffnungsgesetzes beschließt, die maximal vier Sonntagsöffnungen im Jahr auch ohne Sonderereignis erlaubt.

Begründung:

Die Absage des verkaufsoffenen Sonntags zu Liebig's Suppenfest aufgrund der Entscheidungen der Gerichte ist ein schwerer Schlag für den Gießener Einzelhandel und die ganze Stadt. Die durch einen Rechtsfehler ungültige Genehmigung macht hierbei wieder besonders deutlich, wie wenig Planungssicherheit für Händler, Mitarbeiter und Kunden durch das aktuelle Ladenöffnungsgesetz herrscht. Dies wird auch dadurch deutlich, dass am gleichen Sonntag 15 weitere hessische Kommunen ihre Einkaufsstraen öffnen durften.

Die Oberbürgermeisterin hat richtigerweise nach den Beschlüssen des VG Gießen und des Hessischen Verwaltungsgerichtes Kassel auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Neuregelung hingewiesen.

Wir brauchen in Gießen und Hessen eine Regelung, die im verfassungsrechtlichen Rahmen den Sonntagsschutz, die Wettbewerbsfähigkeit des Handels, das Erholungs- und Freizeitinteresse der Bürger und Planungssicherheit für die Kommunen in Einklang bringt.

Die FDP-Landtagsfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf vorgelegt, der in den bestehenden engen Grenzen maximal vier Sonntagsöffnungen im Jahr auch ohne Sonderereignis erlaubt.

Bei Umsetzung dieses Gesetzentwurfes müsste kein Arbeitnehmer auch nur einen Sonntag mehr im Jahr arbeiten als bisher, jedoch könnte der Handel dadurch rechtssicher planen.

Leider haben CDU, SPD und Grüne diesen Gesetzentwurf abgelehnt.

Aus Sicht der Freien Demokraten ist es jetzt jedoch an der Zeit, dass sich angesichts der Urteile zu Liebig's Suppenfest der Landtag an den Realitäten unserer modernen Gesellschaft orientiert und die Oberbürgermeister nicht nur in Gießen, sondern auch landesweit die Reformvorschläge von Einzelhandel und Freien Demokraten befördert.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Klaus Dieter Greilich
Fraktionsvorsitzender